Anlage 1

A. RECHENSCHAFTSBERICHT ZUR JAHRESRECHNUNG 2013

I. **Allgemeines**

II. **Rechnungsergebnis**

III. **Allgemeine Rücklage / Sonderrücklage**

IV. **Schuldenstand**

V. **Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben**

VI. **Haushaltsreste**

VII. **Haushaltsüberschreitungen**

I. A L L G E M E I N E S

1. Rechtsgrundlagen

Nach § 95 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) i. V. m. § 48 der Landkreisordnung (LKrO) ist in der Jahresrechnung das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Schulden zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen.
Die Jahresrechnung besteht gem. § 39 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aus

1. **dem kassenmäßigen Abschluss**
2. **der Haushaltsrechnung**
3. **der Vermögensrechnung**

Als Anlagen sind beizufügen

1. **eine Vermögensübersicht über die Kosten rechnenden Einrichtungen**
2. **ein Rechnungsquerschnitt und eine Gruppierungsübersicht**
3. **ein Rechenschaftsbericht**

Im Rechenschaftsbericht sind nach § 44 Abs. 3 der GemHVO die wichtigsten Ergebnisse der Jahresrechnung und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Der Rechenschaftsbericht soll außerdem einen Überblick über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr geben. Nach § 97 GemO sind die Mündelvermögen in der Jahresrechnung gesondert nachzuweisen.

2. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2013 wurde am 10.12.2012 vom Kreistag beschlossen. Das Regierungspräsidium hat mit Erlass vom 21.1.2013 die Gesetzmäßigkeit dieses Beschlusses bestätigt und den Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen in Höhe von 8.519.650 €, sowie den festgesetzten Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7.612.000 €, der in den nächsten Jahren durch Kreditaufnahmen abgedeckt werden soll, genehmigt.

Der Haushaltsplan wurde festgesetzt mit

a) den Einnahmen und Ausgaben von je	191.255.700 €
davon im Verwaltungshaushalt	174.338.880 €
und im Vermögenshaushalt	16.916.820 €
b) dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	8.519.650 €
c) dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	7.612.000 €
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde für die Kreiskasse festgesetzt auf	30.000.000 €
Der Hebesatz der Kreisumlage wurde auf	**28,75 v. H.**

der für das Haushaltsjahr 2013 festgesetzten Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden festgesetzt.

3. Rechnungsergebnis

Die Jahresrechnung 2013 schloss mit folgendem Ergebnis:

	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz
Verwaltungshaushalt Einnahmen und Ausgaben	178.895.996,15 €	174.338.880 €
Vermögenshaushalt Einnahmen und Ausgaben	17.313.923,07 €	16.916.820 €
insgesamt	196.209.919,22 €	191.255.700 €

Statt der geplanten Zuführung von 5.232.260 € vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt konnten im Rechnungsergebnis 6.287.636,55 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden.
Obwohl der Zollernalb Klinikum gGmbH eine überplanmäßige Verlustabdeckung von 4 Mio. € zum Ausgleich der durch die Erfüllung der Gemeinwohlverpflichtung verursachten Kosten zugewiesen wurde, hat sich das Rechnungsergebnis im Verwaltungshaushalt um 1.055.376,55 € verbessert.

Neben vielen kleineren Planabweichungen ergaben sich insbesondere im Bereich der sozialen Hilfen in verschiedenen Bereichen Verbesserungen von netto rund 2,0 Mio. €. Außerdem konnten höhere Einnahmen bei den Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörden von 434.000 € und bei der Grunderwerbsteuer von 357.000 € erzielt werden. Geringere Auszahlungen von 719.000 € ergaben sich bei den Personalausgaben, von 320.000 € bei den Schülerbeförderungskosten und von 219.000 € für Kreditzinsen.

Auf die zur Verfügung stehende Kreditermächtigung von 11.314.670 € wurden neue Kredite in Höhe von 7.643.400 € aufgenommen. Ins Jahr 2014 wurde eine Kreditermächtigung von 1.848.886,23 € übertragen. Auf die restlichen 1.822.373,77 € wurde endgültig verzichtet. Neben der höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt war dies durch eine zusätzliche Entnahme von 800.000 € aus der Allgemeinen Rücklage möglich, die der Kreistag im Zusammenhang mit der überplanmäßigen Verlustabdeckung beschlossen hat.

II. RECHNUNGSERGEBNIS

Berechnung des Rechnungsergebnisses

Nach §§ 22 Abs. 2, 41 Abs. 3 und 46 Nr. 25 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) errechnet sich das Ergebnis wie folgt:

Soll-Einnahmen (einschl. Haushaltseinnahmereste) des Vermögenshaushalts		17.313.923,07 €
Abzusetzen sind folgende Sollausgaben (einschl. Haushaltsausgabereste) des Vermögenshaushalts für		
a) Kredittilgung, Kreditbeschaffungskosten 2.9100. (einschl. Umschuldung)	595.000,00 €	
b) Sonderrücklagen Abfallwirtschaft	1.397.868,64 €	
c) Ausgaben der Einzelpläne 0 bis 8	15.321.054,43 €	
Summe der Absetzungen		17.313.923,07 €
Überschuss/Fehlbetrag somit		0 €

Abweichung der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen

Gegenüber den Planansätzen ergaben sich folgende Abweichungen:

a) Ausgabearten

Personalausgaben (Gruppierung .4xx)

Planansatz 2013	30.716.400 €
Rechnungsergebnis 2013	29.996.550 €
Einsparung:	719.850 €

Die Personalausgaben bleiben um 2,34 % unter den Planansätzen. Erhebliche Einsparungen konnten durch unterjährig frei gewordene Stellen erzielt werden, deren Wegfall zum Zeitpunkt der Personalkostenplanung 2013 noch nicht bekannt war. Weitere Planungsdifferenzen ergaben sich durch zeitweise Nichtbesetzung von Stellen z.B. im Sozial- und Jugendamt, Altersteilzeit und lange Krankheitsausfälle. Bei der Personalkostenplanung für 2013 wurde eine lineare Besoldungserhöhung von 1,5 % angenommen, diese erfolgte gestaffelt und teilweise erst ab 2014. Bedingt durch die Versorgungslastenteilung (neues Recht seit 2011) erhielt der Landkreis durch die Übernahme von Beamten eine sehr hohe Gutschrift bei der Versorgungsumlage, deren Höhe mit 200.000 Euro zum Zeitpunkt der Haushaltplanung 2013 im Herbst 2012 noch nicht bekannt war.

Gebäudekosten (Miete, Bewirtschaftung, Unterhaltung)

Die Bewirtschaftungskosten für die Schul- und Verwaltungsgebäude lagen im Jahr 2013 mit 1.793.832 € insgesamt um rund 32.000 € über den veranschlagten Planansätzen. Maßgeblich verantwortlich für die Überschreitung waren eine hohe Stromnachzahlung für die Friedrichstr. 35, die erstmalig abgerechneten Kosten des Winterdienstes für die Technische Dienststelle im Krankenhaus Hechingen, sowie eine Fehleinschätzung der Körperschafts- und Gewerbesteuer für die Photovoltaikanlagen aufgrund mangelnder Erfahrungswerte.

Bei der Gebäudeunterhaltung standen im Jahr 2013 Einzelprojekte wie z.B. die Erneuerung der Beleuchtung im Berufsschulzentrum Albstadt, die Parkplatzerweiterung und Brandschutzmaßnahmen an der kaufmännischen Schule Hechingen, die Beleuchtungs- und Schließanlage in der Kreissporthalle Hechingen und die Spielplatzerweiterung an der Weiherschule, um hier nur einige zu nennen, im Vordergrund. Aufgrund der enormen Anzahl an Maßnahmen konnten bis Jahresende nicht alle Projekte angegangen bzw. abgeschlossen werden. Insgesamt wurden daher Haushaltsmittel in Höhe von 612.100 € ins Jahr 2014 übertragen.

Geschäftsausgaben (Grupp. 65)

Planansatz 2013	2.724.120,00 €
Soll 2013	2.563.477,99 €
Einsparung	160.642,01 €

Davon:

a) Deckungsring Bürobedarf

Planansatz 2013	189.250,00 €
Soll 2013	174.962,71 €
Soll 2012	177.862,67 €

Im Deckungsring Bürobedarf lässt sich feststellen, dass quer durch alle Bereiche, sparsam und wirtschaftlich mit den Mitteln umgegangen wird. Es ergaben sich dadurch Einsparungen in Höhe von 14.287,29 Euro.

b) Datenverarbeitung

Planansatz 2013	1.372.520,00 €
Soll 2013	1.279.076,39 €
Soll 2012	1.189.659,32 €

Die Kosten für die Datenverarbeitung beinhalten hauptsächlich Fall- und Wartungskosten oder Kosten für die Neueinführung oder Aktualisierung von Verfahren. Dabei ist es schwierig die genauen Fallzahlen und den Zeitplan für die Umsetzung von geplanten Maßnahmen abzuschätzen. Daher waren die Kosten für die Datenverarbeitung teilweise zu hoch angesetzt

c) Fachämterbudgets

Die Ausgabearten Telekommunikation, Porto, Dienstreisen, Bücher und Fachzeitschriften, Inanspruchnahme Dienstfahrzeuge sowie Aus- und Fortbildung werden im Rahmen der Budgetierung von den Fachämtern bewirtschaftet.

Obwohl der Haushaltsansatz für das Jahr 2013 nochmals geringfügig auf 941.600 € gesenkt wurde, bleibt das Rechnungsergebnis mit 861.530,53 € deutlich hinter diesem gesenkten Ansatz zurück. Es ist also festzustellen, dass von den Fachämtern die Ansätze sparsam bewirtschaftet werden und auf die Ausschöpfung der Mittel verzichtet wird. Die Einsparungen konnten in fast allen budgetierten Bereichen festgestellt werden. Eine erneute Budgetabsenkung wurde bei der Haushaltsplanung 2014 vorgenommen.

Verwaltungsinterne Leistungsverrechnung

Seit 2001 werden die verwaltungsinternen Leistungen nach den Vorgaben des Vergleichsrings „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg teilnehmen, im Verwaltungshaushalt verrechnet. Ziel des Vergleichsrings ist eine flächendeckende Kostenermittlung und eine daraus resultierende Kosten- und Leistungsrechnung, die für eine selbständige Gebührenkalkulation die Voraussetzung bildet.
Seit 2005 erfolgt die verwaltungsinterne Leistungsverrechnung mit dem SAP Modul CO, die in SAP bebuchten Kostenstellen werden nach festgelegten Schlüsseln in der Kostenrechnung aufgeteilt und ins Haushaltsmanagement zurückgespiegelt.

Unter interner Leistungsverrechnung versteht § 14 Abs. 4 Satz 1 GemHVO insbesondere die Erstattung (innere Verrechnung) von Verwaltungskosten und sonstigen Gemeinkosten zentraler Dienststellen, die einzelnen Leistungen zuzurechnen sind. Die Verrechnung erfolgt zwischen den beteiligten Unterabschnitten des Verwaltungshaushalts.

	Summe **Service-** leistungen (1690/6790)	Summe **Steuerungs-** leistungen (1690/6790)	Summe **Mitwirkungs-** leistungen (1695/6795)
2012	7.510.292	1.488.012	1.622.868
2013	**7.513.763**	**1.450.075**	**1.636.746**
Differenz in EUR	3.471	- 37.937	13.878

Schwankungen 2012 / 2013

Die Höhe der Steuerungs- und Servicekosten schwankt in ähnlichem Maß wie die Ausgaben und Einnahmen der beteiligten Unterabschnitte.

Die Mitwirkungsleistungen werden hauptsächlich durch die Verrechnung des Kreisstraßenanteils aus dem Gemeinschaftsaufwand bestimmt.
Ausgabensteigerungen für den Winterdienst 2012/2013 wegen der andauernd winterlichen Straßenverhältnisse auf den Albhochflächen und Albaufstiegen haben auch die Mitwirkungsleistungen leicht erhöht.

b) Einzelpläne

Einzelplan 2 - Schulen

Sachkostenbeiträge

Bei der Planung der Sachkostenbeiträge, die der Landkreis zur Deckung der sächlichen Schulkosten vom Land erhält, wurde nach der Empfehlung im Haushaltserlass mit höheren Kopfbeträgen je Schüler als im Vorjahr gerechnet. Durch diese Erhöhung konnte der Ansatz für die Sachkostenbeiträge mit 4.818.000 €, trotz sinkender Schülerzahlen, in fast gleicher Höhe wie im Vorjahr festgesetzt werden. Mit 4.822.446 € wurde fast genau die geplante Summe eingenommen.

Verwaltungshaushalt

Mit 1.022.300 € wurden den Schulen insgesamt 42.550 € mehr Budgetmittel als im Vorjahr zur eigenverantwortlichen Planung und Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Einer der Gründe liegt in den laufenden wachsenden Anforderungen an die Lernmittelausstattung. Außerdem war in 2013 zu berücksichtigen, dass viele Beschaffungen im Verwaltungshaushalt anstatt im Vermögenshaushalt abgewickelt werden, da im Zusammenhang mit der anstehenden Einführung des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens der Grundsatz der „Sachgesamtheit“ durch die „Einzelbewertung“ ersetzt wird. Insgesamt wurden im Verwaltungshaushalt sogar 1.097.845 € benötigt, da sich herausgestellt hat, dass durch den neuen Grundsatz noch mehr Beschaffungen im Verwaltungshaushalt abzuwickeln sind. Im Gegenzug wurden Mittel im Vermögenshaushalt eingespart.

Vermögenshaushalt

Für die Generalsanierung der Gewerblichen Schule Balingen, Jakob-Beutter-Straße wird mit Gesamtkosten von 4,1 Mio. € gerechnet. Die Maßnahme wird in den Jahren 2012 bis 2015 durchgeführt. Bis 2013 wurden 1.656.000 € finanziert. Ausgegeben wurden bei zügigem Baufortschritt schon 1.744.532,47 €. Somit musste mit 88.532,47 € auf den Ansatz 2014 vorgegriffen werden.

Für die Beschaffung von Geräten und Einrichtungsgegenständen wurden von den Schulen aus den Budgetmitteln rund 304.500 € ausgegeben. Als Haushaltsrest wurden 276.500 € nach 2014 übertragen.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Sozialhilfe

Der Netto-Zuschussbedarf für die Sozialhilfeleistungen hat sich gegenüber dem Jahr 2012 deutlich erhöht. Gegenüber der Planung 2013 konnte jedoch auf Grund wesentlich höherer Einnahmen ein positiver Abschluss erzielt werden.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Durch die erhöhte Beteiligung des Bundes (2012: 45%, 2013: 75%, 2014: 100%) konnte trotz der angestiegenen Ausgaben in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ein positives Ergebnis verzeichnet werden. Außerdem hat der Bundestag am 20.12.2012 ein Gesetz zur Änderung des SGB XII beschlossen, nach dem sich die Kostenerstattung ab 2013 an den Nettoausgaben des laufenden Jahres orientiert und nicht mehr wie bisher an den Nettoaufwendungen des zweitvorangegangenen Jahres. Im Haushaltsentwurf wurde noch von der alten Rechtslage ausgegangen. Bei der Verabschiedung des Haushalts 2013 am 10.12.2012 wurde der Kreistag mit einer Tischvorlage über die geplante Gesetzesänderung informiert. Darin wurden höhere Einnahmen von 575.000 € erwartet, um die die Schuldaufnahmen verringert werden sollten. Die tatsächliche Verbesserung in der Jahresrechnung 2013 beläuft sich auf rund 548.000 €.

Eingliederungshilfe

Bei der Eingliederungshilfe haben sich die Ausgaben gegenüber der Planung um ca. 726.000 € erhöht. Dies ist auf steigende Fallzahlen und Pflegesatzsteigerungen zurückzuführen. Allerdings konnten auch in 2013 noch einmal zusätzliche Einnahmen aus der veränderten Berechnung der BAföG-Leistungen (Rückabwicklung) für die Fälle aus der stationären Eingliederungshilfe mit über 744.000 € vereinnahmt werden, so dass der Bereich der Eingliederungshilfe unterm Strich fast planmäßig abgeschlossen werden konnte.

Hilfe zur Pflege

Bei der Hilfe zur Pflege sind die Kostenersätze aus Nachlässen nur schwer planbar. In 2013 konnten insgesamt über 248.000 € mehr als erwartet eingenommen werden.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Es wurde bei der Planung davon ausgegangen, dass sich die anhaltend günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt zumindest mittelfristig auch für den Bereich der Langzeitarbeitslosen auswirkt und daher mit einem Rückgang der Fallzahlen kalkuliert. Statt des erwarteten Rückgangs musste aber sogar eine leichte Steigerung der Fallzahlen registriert werden. Außerdem hat sich bei den Heizkostenerstattungen eine deutliche Steigerung ergeben, so dass sich die Ausgaben um über 465.000 € erhöht haben. Unter Berücksichtigung der höheren Zuweisungen des Landes aus der Nettoentlastung Wohngeld verbleiben netto noch rund 135.000 € höhere Aufwendungen.

Bildung und Teihabe

Die Aufwendungen für Bildung und Teilhabe blieben um fast 320.000 € hinter der Planung zurück. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass in den Folgejahren die Mittel zurückbezahlt werden müssen.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Durch die stark gestiegenen Zugangszahlen haben sich die Ausgaben deutlich erhöht. Allerdings führten die Zugänge auch zu stark steigenden pauschalen Erstattungen. In 2013 wurde die Pauschale von 10.433 € auf 12.270 € pro Asylbewerber erhöht, weil das Bundesverfassungsgericht per Urteil die den Asylbewerbern zu gewährenden Leistungen in etwa auf Hartz IV-Niveau anhob.

Dennoch ist davon auszugehen, dass die Anpassung der Pauschale nicht ausreichen wird, um die Kosten für den gesamten Unterstützungszeitraum vollumfänglich zu decken. Für 2013 konnten unter Strich rund 935.000 € höhere Einnahmen als geplant verbucht werden, die in den Folgejahren aufgebraucht werden.

Jugendhilfe

Für das Jahr 2013 haben sich in der Jugendhilfe (Deckungsring 45) Mehrausgaben in Höhe von ca. 300.000 € ergeben. Diesen stehen allerdings Mehreinnahmen in Höhe von
ca. 70.000 € entgegen, so dass von einer Überschreitung der veranschlagten Ansätze in Höhe von ca. 230.000 € (ca. 1,8% Steigerung) auszugehen ist.

Hierzu ist folgendes anzumerken:

- Eine deutliche Steigerung der Ausgaben ist in der Kindertagespflege festzustellen. Dies ist auf die politisch gewünschte Steigerung der Fallzahlen (erweiterter Rechtsanspruch ab 1.8.2013 für Kinder unter 3 Jahren) zurückzuführen.

- Gesteigert werden konnten die Fallzahlen in der Vollzeitpflege, die eine kostengünstige Alternative zur vollstationären Unterbringung (Heim) darstellt. Im Gegensatz hierzu sind die Gesamtkosten für die Heimerziehung (Minderjährige, Volljährige, seelisch Behinderte) geringfügig unter den Ansätzen geblieben.

  Innerhalb dieses Bereichs der Heimerziehung hat sich allerdings eine Verschiebung ergeben. Die Kosten für die Maßnahmen für seelisch Behinderte sind gestiegen, die erzieherischen Hilfen gesunken.

- Ebenfalls bei den ambulanten Eingliederungshilfen (z. B. Therapie bei Dyskalkulie, Legasthenie, heilpädagogische Behandlungen, Integrationshilfen/Schulbegleitungen) sind die Fallzahlen und damit die Ausgaben über die Ansätze gestiegen.

- Bei der Tagesgruppenbetreuung und bei der Betreuung in Mutter-Kind-Einrichtungen konnten die Ansätze unterschritten werden.

Einnahmen

- Die Mehreinnahmen sind auf die Abwicklung von Kostenerstattungsfällen mit anderen Jugendämtern zurückzuführen, die im Vorfeld nicht planbar sind.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

Kreiskliniken

Verlustausgleich

Der im Kreishaushalt 2013 für die Verlustabdeckung vorgesehene Betrag von 4,5 Mio. €. wurde dem Zollernalb Klinikum zur Verfügung gestellt und damit ein restlicher Verlustvortrag aus 2011 sowie ein Teil des Verlustes aus 2012 abgedeckt. Per 31.12.2012 wies die Bilanz des Klinikums damit einen Verlustvortrag nach 2013 von 2.342.940,57 € aus.
Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen zum Jahresende hat der Kreistag eine weitere Zahlung zur Verlustabdeckung von 4 Mio. € beschlossen. Zur Deckung dieser überplanmäßigen Ausgabe hat der Kreistag neben der Verwendungen von 3,2 Mio. € aus der besseren Finanzentwicklung 2013 auch einer zusätzlichen Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage mit 800.000 € zugestimmt.

Baumaßnahmen

Die Krankenhausbaumaßnahme wird beim Eigenbetrieb „Immobilien der Kreiskliniken“ abgewickelt. Der Landkreis leistet Investitionszuweisungen an den Eigenbetrieb. Die Verrechnung erfolgt jeweils zum Jahresende nach dem tatsächlichen Ausgabestand.

Für den Neubau des Krankenhauses Balingen wurden im Jahr 2013 weitere 7.132.000 € Kreismittel zur Verfügung gestellt. Ferner besteht ein Haushaltsrest aus 2012 in Höhe von 5.253.742,91 €.
Der Ausgabenstand beim Eigenbetrieb zum 31.12.2013 betrug 66.802.085,61 €. Fördermittel des Landes konnten bisher 31.350.000 € vereinnahmt werden. Abzüglich der bereits in Vorjahren verrechneten Kreismittel von 26.946.739,91 € wurden in 2013 somit weitere 8.505.345,70 € verrechnet. Haushaltsreste stehen noch mit 3.860.462,93 € zur Verfügung.

Für zwei Regenwasserkanäle vom Krankenhaus Balingen zur Eyach wurden separate Kreismitteln zur Verfügung gestellt. Davon wurden 70.167,72 € im Jahr 2013 entsprechend dem Ausgabestand zum 31.12.2013 verrechnet, restliche 149.766,56 € als Haushaltsrest nach 2014 übertragen.

Einzelplan 6 – Kreisstraßen

Gemeinschaftsaufwand, Unterabschnitt 1.6520

Nach Inkrafttreten der Verwaltungsreform zum 01.01.2005 ist der Landkreis seither für die gemeinschaftliche Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen im Zollernalbkreis zuständig. Der Gemeinschaftsaufwand umfasst die betriebliche Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes im Landkreis mit Ausgaben von Personal- und Sachkosten von insgesamt 4.361.447,08 €. Dabei haben die Ausgaben für den Winterdienst 2012/2013 wegen der andauernd winterlichen Straßenverhältnisse auf den Albhochflächen und Albaufstiegen wiederum einen besonderen Stellenwert in der Gesamtrechnung eingenommen.
Die negativen Folgen waren enorme Ausgabensteigerungen beim Einsatz von Streusalz und Sole, Betriebsstunden bzw. Einsatzzeiten der eigenen Räum- und Streufahrzeuge sowie der Fremdunternehmer was zu Mehrausgaben von ca. 450.000 € geführt hat.

Der Landkreis hat die Ausgaben im Gemeinschaftsaufwand mit den Baulastträgern Bund und Land, sowie seinen eigenen Anteil im Verhältnis der Arbeitsstunden des Straßenunter-haltungspersonales aufgeteilt. Die Abrechnung des Kreisanteiles (1.383.887,16 €) erfolgt über Innere Verrechnung mit dem Unterabschnitt 1.6500. Dies hat auch im Jahr 2013 zu einem höheren Kostenanteil des Landkreises gegenüber dem Haushaltsansatz von 81.079,66 € geführt. Der Kostenanteil Land (1.601.087,22 €) konnte dieses mal noch mit den laufenden Zuweisungen für den Gemeinschaftsaufwand ausgeglichen werden.
Beim Anteil Bund (1.376.472,70 €) ergab sich ein Defizit gegenüber den lfd. Zuweisungen von 305.203,19 €, das nur durch einen Vorgriff auf die Bundesmittel 2014 gedeckt werden konnte. Es ist zu beobachten, dass der Winterdienst aber auch die laufende Unterhaltung an den Bundesstraßen stetig zunimmt und diese Ausgaben in den Haushalten des Bundes wie in den Vorjahren nicht mehr durch Einsparungen kompensiert werden können.

Bei den Kostenersätzen konnten auch in 2013 Mehreinnahmen von rund 50.000,00 € bei Abrechnungen mit Bund, Land und Gemeinden erzielt werden. Einen Anteil dabei hatte die Vermietung unserer Sondergeräte wie Markierungsmaschine und Steigerfahrzeug mit Arbeitsbühne. Damit konnte das Ziel eines wirtschaftlichen Betriebes erreicht werden und zudem ein Beitrag zur interkommunalen Zusammenarbeit geleistet werden. Zum Anderen haben beide Straßenmeistereien

zusätzlich zu ihren täglichen Aufgaben des Straßenbetriebsdienstes für Baumaßnahmen an Bundes- Landes- und Kreisstraßen Dienstleistungen wie Aufstellen und Unterhaltung von überörtlichen Umleitungsbeschilderungen, Absperrungen, Sicherheitsleistungen bei Sportgroßveranstaltungen etc. erbracht.

Unterhaltung Kreisstraßen, Unterabschnitt 1.6500

Für die laufende Unterhaltung der Kreisstraßen wurden einschließlich des Kreisanteiles am Gemeinschaftsaufwand 1.757.777,85 € ausgegeben. Die Erhöhung der Ausgaben von rund 124.000 € sind zurückzuführen auf den höheren Anteil beim Gemeinschaftsaufwand (siehe oben).
In den Ausgaben sind auch Kosten für die Beseitigung der Hochwasserschäden nach den Unwettern 2013 enthalten. Diese konnten über höhere Zuweisungen im Straßenlastenausgleich (FAG) teilweise ausgeglichen werden.

Unterhaltung Landesstraßen, Unterabschnitt 1.6650

Der Landkreis erhält vom Land pauschale Zuweisungen um kleinere Reparatur- und Unterhaltungsmaßnahmen im Fahrbahnbereich und Nebenanlagen wie Regenrückhaltebecken etc. durchführen zu können. Der Aufgabenschwerpunkt bestand wie in den Jahren zuvor bei den Fahrbahnsanierungen. Dabei muss angesprochen werden, dass wie in der Vergangenheit auch, die bisher zugewiesenen pauschalen Unterhaltungsmittel nicht ausreichen werden um auf Dauer langfristig das Niveau des Straßenzustandes beibehalten zu können zumal das Land die Zuweisungen weiter gekürzt hat.

Belagsmaßnahmen, Brückensanierungen, Rutschungssanierungen

Der Schwerpunkt im Haushalt 2013 lag bei den Sanierungen von Bauwerken sowie Fahrbahndecken an Kreisstraßen mit Gesamtausgaben im Vermögenshaushalt von
1.850.000 € :

K 7177 Haigerloch Sanierung Stützmauer BA I Restarbeiten
K 7111 OD Bisingen-Zimmern Brücken- und Stützmauersanierung
K 7165 Seehof-Hart Bankettsanierung

Beläge:

K 7132 Dotternhausen-Dormettingen
K 7173 Kaiseringen-Winterlingen
K 7178 OD Hechingen Sigmaringerstr.

Fahrzeug- und Gerätebeschaffung Straßenunterhaltungsdienst, Unterabschnitt 2.6520

Für den Straßenunterhaltungsdienst wurden auf Grundlage der Gerätekonzeption die im Vermögenshaushalt 2013 vorgesehenen Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge und Geräte in Höhe von insgesamt 443.000 € getätigt.

Fahrzeuge:

1 LKW 18 to.	SM Balingen	190.000 €
1 MTW	SM Lautlingen	53.000 €
1 Radlader	SM Lautlingen	76.000 €

Winterdienstausrüstung	100.000 €
Kleingeräte	20.000 €

Der Investitionszuschuss des Bundes an der Beschaffung der Fahrzeuge und Geräte betrug 59.000 €.

Radwege

Der Landkreis hat für die Sanierung und den Neubau von Radwegen 2013 insgesamt 400.000 € ausgegeben. Dabei haben sich die Städte und Gemeinden mit rund 150.000 € an diesen Kosten beteiligt. Das Land Baden-Württemberg bezuschusst den Radweg
K 7134 Schörzingen-Weilen u.d.R. zusätzlich mit 50 % der zuschussfähigen Kosten nach dem Landesverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG).

K 7170 Radweg Ratshausen-Hausen a.T.
K 7176 Radweg Kaiseringen-Winterlingen
K 7134 Radweg Schörzingen-Weilen u.d.R.

Radwegebeschilderung

Für die Überprüfung und Kartierung der Radwegeverbindungen im Zollernalbkreis, inklusive der Erstellung eines Beschilderungsplanes waren im Jahr 2013 40.000 € eingestellt. Der Auftrag wurde 2013 in entsprechender Höhe vergeben und die Arbeiten aufgenommen. Die Arbeiten dauern 2014 noch an, wobei auch die Abrechnung erst 2014 erfolgt, so dass die Mittel 2013 nicht abgerufen wurden. Dies wird 2014 erfolgen.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Abfallwirtschaft

Für den Zeitraum 2013/2014 wurden die Müllgebühren neu kalkuliert. Es war von einem durchschnittlichen jährlichen Gebührenbedarf von 9.787.286 € auszugehen. Darin enthalten ist auch eine Gebührenunterdeckung aus der Kalkulationsperiode 2009/2010 von 265.703,52 €. Auf die Erhebung einer Grundgebühr für Biomüll wurde verzichtet und stattdessen die Allgemeine Grundgebühr entsprechend erhöht. Dadurch soll sich die Anschlussquote an die Biomüllentsorgung wieder erhöhen.
Im Jahr 2013 konnten die kalkulierten Gebühreneinnahmen von 9.762.200 € sogar um fast 155.000 € überschritten werden. Auf der Ausgabeseite ist es gelungen die Kosten zu reduzieren. Anstatt des kalkulierten Überschusses von 149.620 € konnten der Sonderrücklage Gebührenüberdeckung 643.124,47 € zugeführt werden. Damit können Kostenschwankungen im 2. Jahr des Kalkulationszeitraumes ausgeglichen werden.

Nach § 14 Kommunalabgabengesetz sind Kostenüberdeckungen spätestens innerhalb der folgenden fünf Jahre auszugleichen.

Schülerbeförderung

Während die Einnahmen bei der Schülerbeförderung schlussendlich um rd. 1,3 % über dem Ansatz lagen, konnte man bei den Ausgaben deutlich hinter den Ansätzen zurückbleiben. Nachdem die Verkehre für die Sprachheilschule und die Weiherschule neu vergeben wurden, konnten mit dieser

Neuvergabe und einem Wechsel auf andere Beförderungsunternehmen deutliche Kosteneinsparungen erzielt werden. Aufgrund dieser finanziellen Gesamtentwicklung wurde über einen entsprechenden Kreistagsbeschluss vom 9.12.2013 die satzungsmäßig vorgesehene Dynamisierung des Eigenanteils zum 1.1.2014 hin ausgesetzt.

ÖPNV

Das ÖPNV-Programm 2013 hatte ein Kostenvolumen von 1.162.700 €. Dies konnte um ca. 83.000 € unterschritten werden, was insbesondere daran lag, dass die Aufwendungen für naldo rd. 25.000 € hinter dem Planansatz zurückblieben. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für 2013 so nicht absehbar.
Im Weiteren konnten auch die Stadtverkehre teils günstiger abgerechnet werden, womit die Beteiligungsquoten des Landkreises ebenfalls hinter dem Ansatz zurückblieben.

Einzelplan 8 – OEW-Ausschüttung

Die OEW hat die Ausschüttung aus ihren Vermögenserträgen an die Verbandsmitglieder schon im Jahr 2012 um 20 Mio. € auf 40 Mio. € gesenkt. Dies hatte zur Folge, dass sich unser Ausschüttungsbetrag wie im Haushalt 2013 eingeplant, auf 3.484.800 € verringerte.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde

Die Gebühren der staatlichen unteren Verwaltungsbehörden werden den Landkreisen nach § 11 Abs. 3 FAG als eigene Einnahmen überlassen.
Die Gebühreneinnahmen der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde liegen mit 5.443.328,52 € um über 452.000 € über dem Haushaltsansatz von 4.991.300 €.
Vor allem in den Bereichen des Vermessungsamtes, des Bauamts und des Verkehrsamts konnten deutlich höhere Gebühreneinnahmen verzeichnet werden.
Im Bereich der Zulassungsgebühren konnten rd. 212.000 Euro mehr eingenommen werden. Dies kann hauptsächlich durch die Einführung des Altkennzeichen HCH begründet werden.
Die Einnahmen des Kreisbauamts lagen rd. 118.000 € über der Planung. Hierfür dürfte hauptsächlich die konjunkturelle Entwicklung verantwortlich sein. Die derzeitig günstigen Finanzierungsangebote regen vermehrt zu Investitionen in Sachwerten an und dies sowohl im privaten als auch gewerblichen Bereich, was sich direkt auf die Gebühreneinnahmen im Baurecht auswirkt.
Die Gebühreneinnahmen des Vermessungsamtes lagen knapp 107.000 € über dem Planansatz. Hier wirkt sich der Rückgang der Auftragszahlen nach wie vor nicht so stark aus, wie angenommen.

Grunderwerbsteuer

Das Grunderwerbssteueraufkommen wurde mit 4,5 Mio. € in gleicher Höhe wie im Vorjahr eingeplant. In 2013 lag das monatliche Aufkommen meist zwischen 400.000 € und 500.000 €. Durch einen außergewöhnlichen Erwerbsvorgang konnte allerdings im September 2012 eine sehr hohe Zuweisung vereinnahmt werden. Mit 4.857.182,05 € konnten insgesamt 357.182,05 € mehr als geplant eingenommen wurden.

Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS)

Der KVJS kann von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, soweit die sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Für den, allen Mitgliedern nach gleichem Maßstab zurechenbaren Aufwand, wird eine allgemeine Umlage erhoben. Sie bemisst sich je zur Hälfte nach der Einwohnerzahl und nach den Steuerkraftsummen der Stadt- und Landkreise.

Angesichts der sich drastisch verschlechternden Haushaltssituation bei den Stadt- und Landkreisen hat der Verbandsausschuss des KVJS eine Rücklagenentnahme für die Jahre 2011 - 2013 beschlossen. Hierdurch konnte das Volumen der KVJS – Umlage um rd. 9 Mio. entlastet werden. Für den Zollernalbkreis ergab sich dennoch eine Steigerung im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rd. 10,2 %, die sich hauptsächlich aus der gestiegenen Steuerkraftsumme des Landkreises ergab. Mit 712.956 € wurde die Umlage fast planmäßig abgerechnet.

Allgemeiner Finanzausgleich 2013

Das Land stellt die Schlüsselzuweisungen den Landkreisen als allgemeine Finanzmittel zur Verfügung und gleicht damit auch die unterschiedliche Finanzkraft der Landkreise untereinander aus.

Die Schlüsselzuweisungen 2013 wurde nach den Hinweisen im Haushaltserlass vom 24.9.2012 mit 21.610.000 € veranschlagt. Das Land hat den Kopfbetrag zur Ermittlung der Bedarfsmesszahl von 510 € um 46 € auf 556 € je Einwohner erhöht. Diese Erhöhung war einerseits die Folge von um 25 Mio. € reduzierten Vorwegentnahmen aufgrund positiver Verhandlungen in der Gemeinsamen Finanzkommission und andererseits der gestiegenen Steuereinnahmen. Mit insgesamt 21.680.107,10 € wurde der Planansatz um 70.107,10 € überschritten. Darin sind Nachzahlungen für das Jahr 2012 von 50.286 € enthalten.

Für die Aufgaben als staatliche untere Verwaltungsbehörde erhält der Landkreis Zuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG. Zum Ausgleich der Belastungen aus dem Sonderbehördeneingliederungsgesetz werden den Landkreisen Mittel nach § 11 Abs. 4 FAG zugewiesen. Die Gesamteinnahmen dieser Zuweisungen betrugen 3.859.160,70 €. Somit lagen sie unwesentlich mit 5.160,70 € über dem Planansatz.
Die pauschale Zuweisung zum Ausgleich der dem Landkreis durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz übertragenen Aufgaben nach § 11 Abs. 5 FAG betrugen 6.832.205,59 €. Der Planansatz ging von 6.858.000 € aus.

Kreisumlage

Nachdem die Kreisumlage in früheren Jahren immer wieder abgesenkt wurde und von 2008 bis 2011 stabil bei 26,5 % blieb, wurde für das Haushaltsjahr 2012 eine Erhöhung um 2,25 Prozentpunkte auf 28,75 % beschlossen. Dieser Kreisumlagehebesatz wurde auch für das Haushaltsjahr 2013 so beibehalten. Damit ergab sich für 2013 ein Kreisumlageaufkommen von 58.467.326,28 €. Dies bedeutet eine Steigerung in Höhe von rd. 6.347.253 € zum Aufkommen des Jahres 2012.

Zins- und Tilgungsausgaben

Die Zinslast einschließlich der Zinsen für das Innere Darlehen und die Sonderrücklage erhöhte sich erstmals, nachdem sie sich in den letzten Jahren konstant verringert hatte, da in 2013 neue Kredite von insgesamt 7.643.400 € aufgenommen werden mussten. Die Aufwendungen betrugen 437.044,42 € gegenüber 376.729,96 € im Vorjahr. Veranschlagt waren 660.000 €.

Für Tilgungen wurden in 2013 insgesamt planmäßig 435.000 € aufgewendet. Das Inneren Darlehen wurde mit 160.000 € getilgt.

III. ALLGEMEINE RÜCKLAGE / SONDERRÜCKLAGE

1. Allgemeine Rücklage

In den Jahren 2011 und 2012 wurden entsprechend den Beschlüssen des Kreistag je 1 Mio. € in der Allgemeinen Rücklage für Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Schienenverkehrs (RegionalStadtBahn, Elektrifizierung Zollernbahn) zurückgestellt.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2013 war eine Allgemeine Rücklage in Höhe von vorhanden.	6.522.149,72 €
Rücklagenentnahme 2013	1.357.288,36 €
Somit beläuft sich der Rücklagenbestand zum Schluss des Haushaltsjahres 2013 auf	5.164.861,36 €
	==========

In 2013 sind für die Vorplanung der RegionalStadtBahn 557.288,36 € angefallen, die aus den reservierten Mitteln der Allgemeinen Rücklage entnommen wurden. Weitere 800.000 € wurden aus der Allgemeinen Rücklage zur Finanzierung der überplanmäßigen Verlustabdeckung an das Zollernalb Klinikum entnommen.
Mit der im Haushaltsjahr 2014 eingeplanten Rücklageentnahme von 1.771.000 € weist die Allgemeine Rücklage lediglich noch einen Stand aus, der um rund 300.000 € über dem Mindestbestand liegt. Dabei handelt es sich um den Restbetrag, der für die Weiterentwicklung des Schienenverkehrs reservierten Mittel.

Die Allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Sie soll ferner die Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre erleichtern. Gem. § 20 Abs. 2 GemHVO muss ein Mindestbetrag von 2 v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushalts nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre vorhanden sein.

Nachrichtlich:

Ausgaben des Verwaltungshaushalts (ohne Innere Verrechnungen) der letzten drei Jahre

2010	152.410.977,24 €
2011	146.373.361,57 €
2012	153.748.084,89 €

Durchschnitt der letzten drei Jahre:		150.844.141,23 €
davon 2 % Mindestbetrag Rücklagenbestand	=	3.016.882,82 €

Entwicklung der Allgemeinen Rücklage

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
2000	7.219.274,27	161.438,27	-	7.380.712,54
2001	7.380.712,54	2.478.749,46	-	9.859.462,00
2002	9.859.462,00	-	-	9.859.462,00
2003	9.859.462,00	-	7.325.480,00	2.533.982,00
2004	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2005	2.533.982,00	-	-	2.533.982,00
2006	2.533.982,00	6.027.241,20	-	8.561.223,20
2007	8.561.223,20	5.205.351,36	-	13.766.574,56
2008	13.766.574,56	4.609.700,06	-	18.376.274,62
2009	18.376.274,62	3.220.547,75	-	21.596.822,37
2010	21.596.822,37	-	9.124.537,35	12.472.285,02
2011	12.472.285,02	-	3.027.280,00	9.445.005,02
2012	9.445.005,02	-	2.922.855,30	6.522.149,72
2013	6.522.149,72		1.357.288,36	5.164.861,36

Die Höhe der Allgemeinen Rücklage zum 31.12.2013 setzt voraus, dass neben den Haushaltsausgaberesten für Investitionen zu deren Finanzierung auch ein Haushaltseinnahmerest für Kreditaufnahmen in Höhe von 1.848.886,23 € gebildet wird.

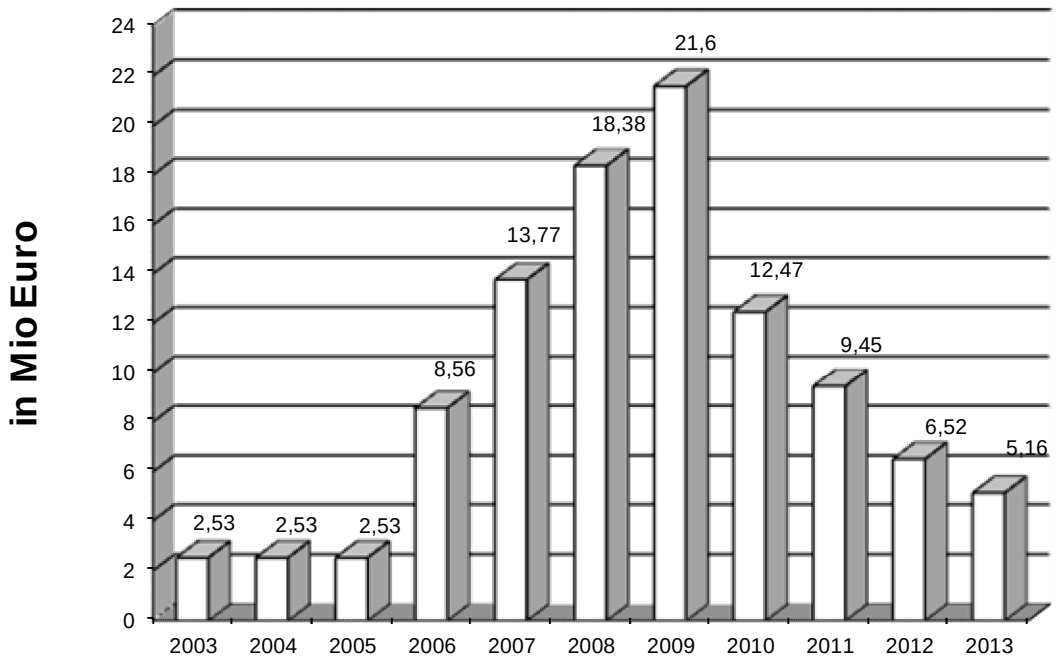
2. Sonderrücklage

In der Abfallgebührenkalkulation werden aufgrund § 18 Abs. 1, Ziff. 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) auch Kosten für Nachsorgemaßnahmen an der Mülldeponie (z.B. Rekultivierung, Sickerwasserbeseitigung, Entgasung) einbezogen und einer Sonderrücklage zugeführt. Die der Sonderrücklage zuzuführenden Beträge werden vom Kreistag jeweils im Rahmen der Gebührenkalkulation beschlossen. Ab 2001 wird die Kostenüberdeckung der Abfallentsorgung in einer separaten Sonderrücklage ausgewiesen.

Entwicklung der Sonderrücklage für Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen für die Abfallentsorgung

HH-Jahr	Stand 01.01. Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12. Euro
2000	8.331.645,11	680.818,83	-	9.012.463,94
2001	9.012.463,94	1.041.806,22	-	10.054.270,16
2002	10.054.270,16	1.110.789,90	200.456,32	10.964.603,74
2003	10.964.603,74	1.217.750,00	532.243,71	11.650.110,03
2004	11.650.110,03	440.000,00	575.939,62	11.514.170,41
2005	11.514.170,41	402.995,96	544.651,48	11.372.514,89
2006	11.372.514,89	398.038,02	1.273.440,90	10.497.112,01
2007	10.497.112,01	367.398,92	887.523,70	9.976.987,23
2008	9.976.987,23	349.194,55	701.202,58	9.624.979,20
2009	9.624.979,20	336.874,27	804.546,14	9.157.307,33
2010	9.157.307,33	320.505,76	666.702,50	8.811.110,59
2011	8.811.110,59	308.388,87	235.922,61	8.883.576,85
2012	8.883.576,85	133.253,65	211.386,54	8.805.443,96
2013	8.805.443,96	176.108,88	578.635,29	8.402.917,55

Entwicklung der Allgemeinen Rücklage



IV. SCHULDEN; KASSENLIQUIDITÄT

Schuldenstandentwicklung

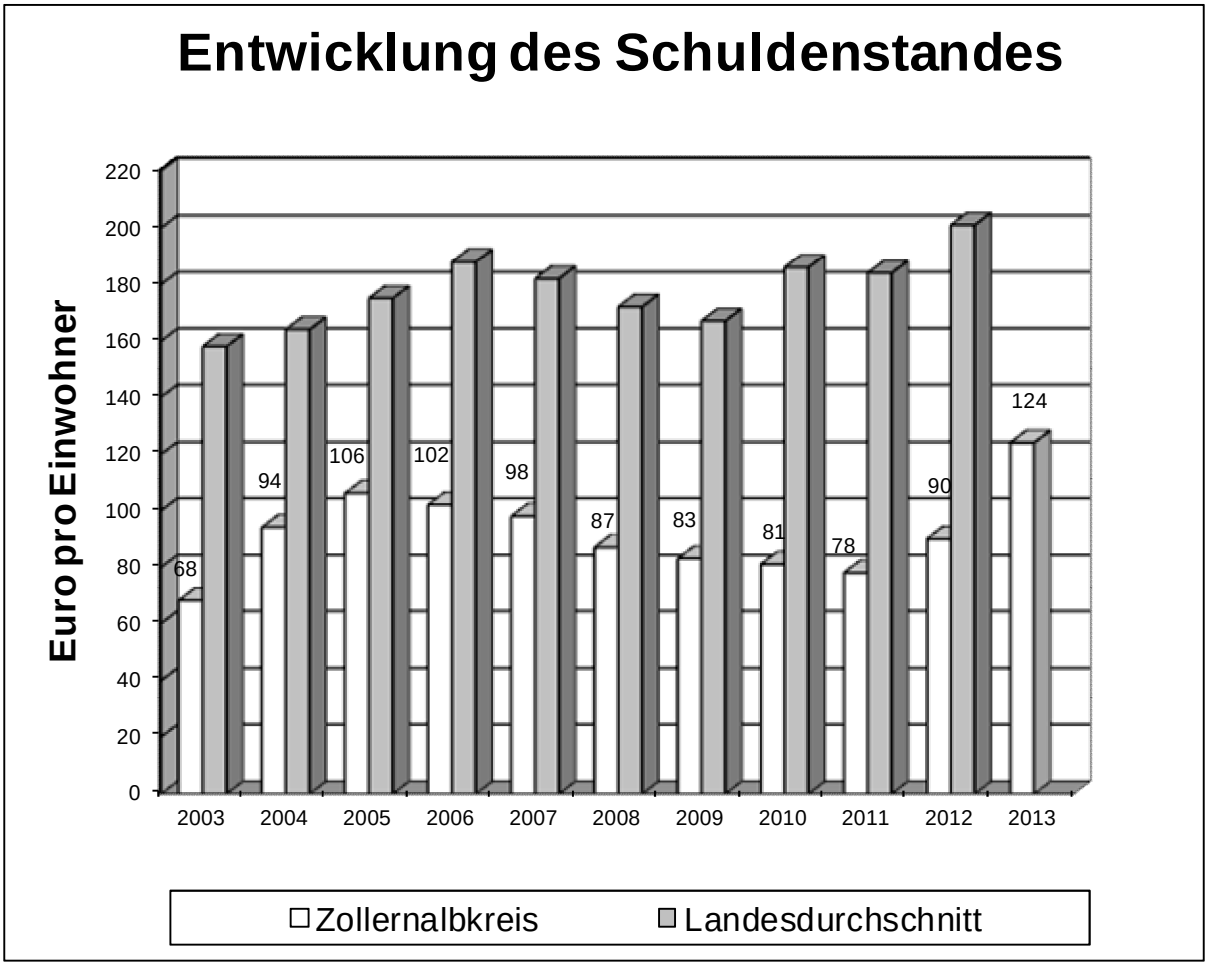
HH-Jahr	Stand 01.01.	Neuaufnahmen	Tilgungen	Stand 31.12.	EURO /Einw.
1990	26.706.108,08	-	3.222.670,94	23.483.437,14	129,87
1991	23.483.437,14	-	2.092.348,38	21.391.088,76	116,92
1992	21.391.088,76	356.719,90	2.056.511,34	19.691.297,31	106,35
1993	19.691.297,31	1.977.548,87	1.925.693,15	19.743.153,03	103,23
1994	19.743.153,03	3.149.103,33	1.952.817,12	20.939.439,24	109,23
1995	20.939.439,24	1.306.350,76	1.939.766,76	20.306.023,24	105,29
1996	20.306.023,24	766.937,82	2.732.213,69	18.340.747,37	95,10
1997	18.340.747,37	-	1.626.503,32	16.714.244,05	86,81
1998	16.714.244,05	-	1.627.571,03	15.086.673,02	78,36
1999	15.086.673,02	-	1.515.859,05	13.570.813,97	70,33
2000	13.570.813,97	-	1.504.611,88	12.066.202,08	62,55
2001	12.066.202,08	-	1.438.155,48	10.628.046,60	55,06
2002	10.628.046,60	820.397,64	1.252.365,30	10.196.078,94	52,68
2003	10.196.078,94	3.983.780,38	1.026.248,20	13.153.611,12	67,94
2004	13.153.611,12	5.700.000,00	692.709,62	18.160.901,50	94,02
2005	18.160.901,50	3.000.000,00	701.241,55	20.459.659,95	106,05
2006	20.459.659,95	-	766.099,34	19.693.560,61	102,30
2007	19.693.560,61	-	878.575,27	18.814.985,34	98,01
2008	18.814.985,34	-	2.151.231,01	16.663.754,33	87,19
2009	16.663.754,33	-	863.947,00	15.799.807,33	83,22
2010	15.799.807,33	-	435.000,00	15.364.807,33	81,27
2011	15.364.807,33	-	740.000,00	14.624.807,33	77,73
2012	14.624.807,33	-	635.000,00	13.989.807,33	74,62
2013	13.989.807,33	7.643.400,00	595.000,00	21.038.207,33	113,96
Zuzüglich Haushaltseinnahmerest 2013		1.848.886,23		22.887.093,56	123,97

Der Schuldenstand am 31.12.2013 von 22.887.093,56 € setzt sich zusammen aus:

12.930.900,00 € äußeren Krediten
8.107.307,33 € inneren Darlehen bei der Sonderrücklage
1.848.886,23 € Haushaltseinnahmerest

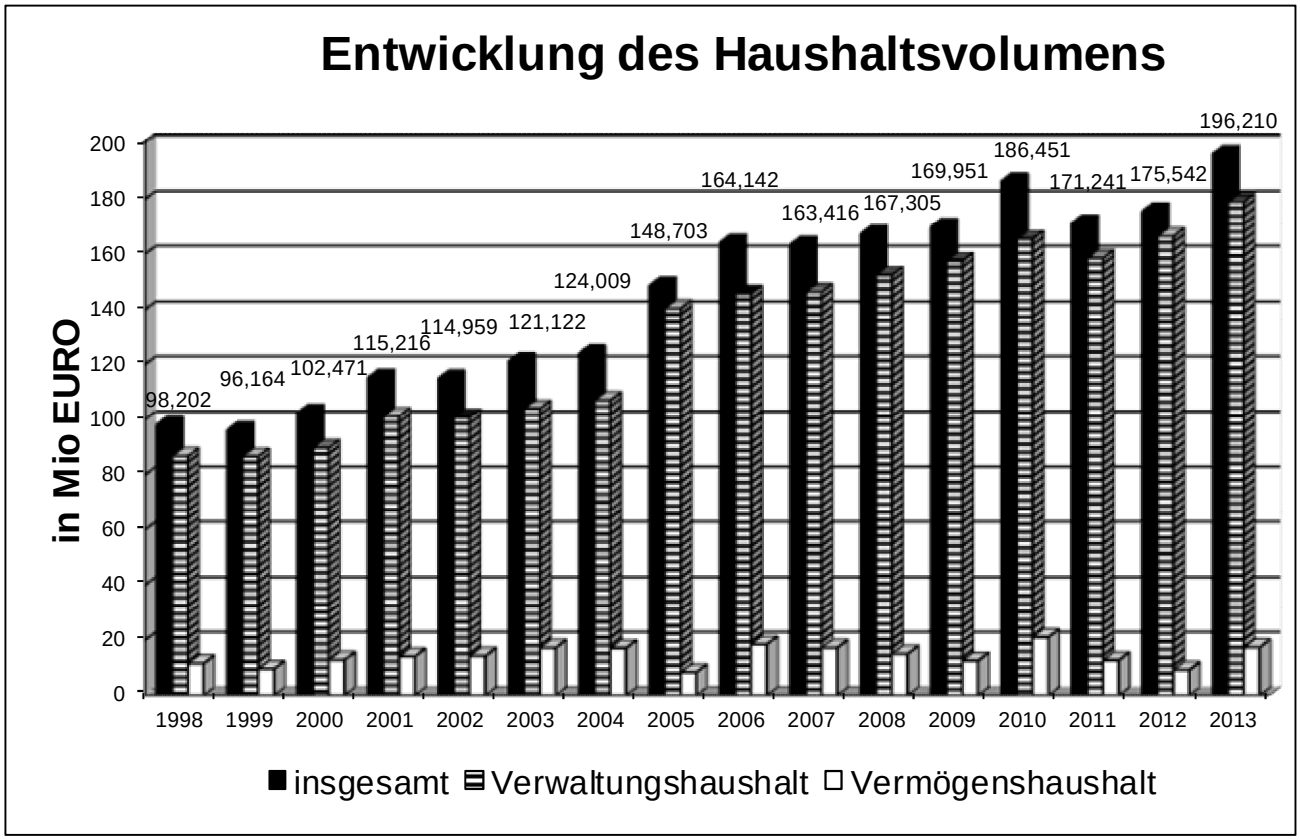
Kassenliquidität

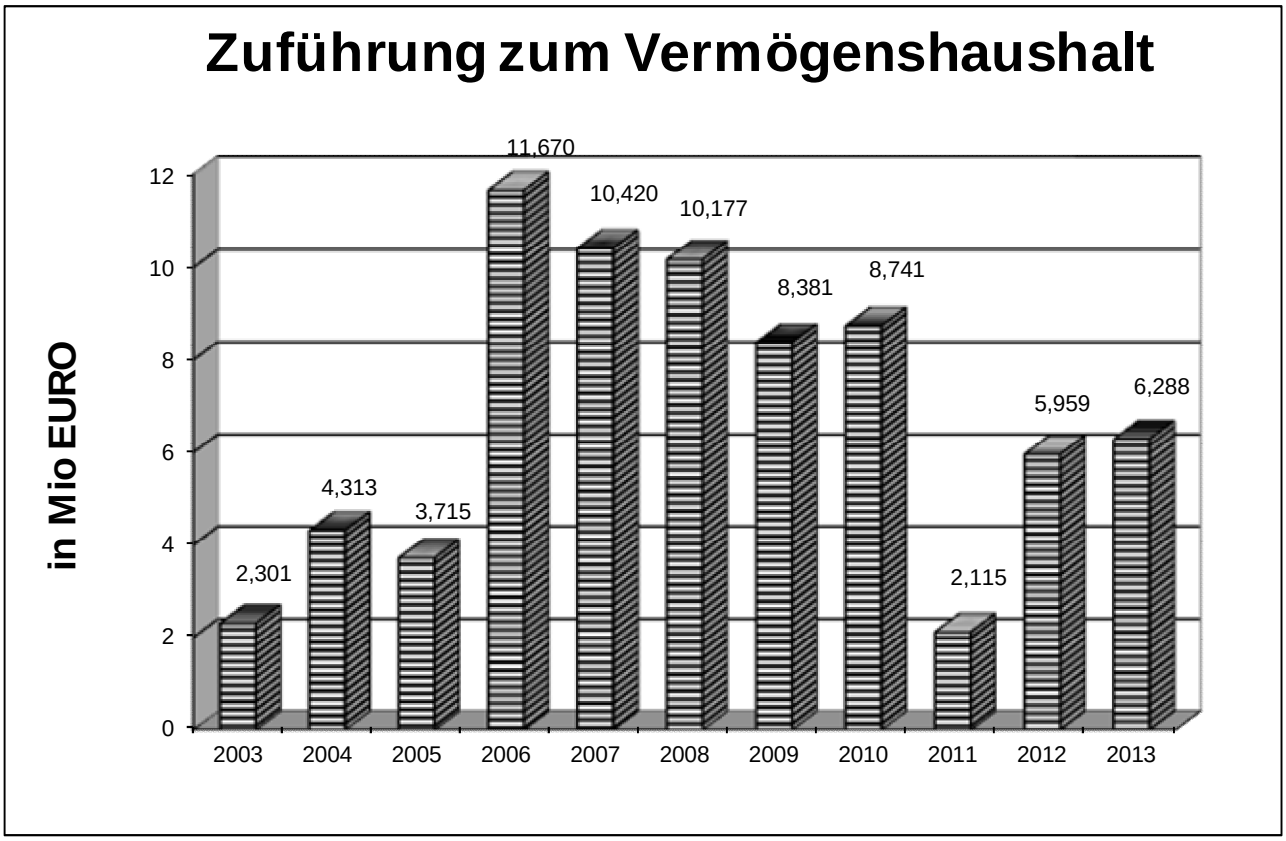
Der Bestand der Allgemeinen Rücklage reichte in 2013 nicht mehr aus, um stets eine ausreichende Kassenliquidität zu haben. Kurzfristig mussten Kassenkredite durch die Überziehung des Cash-Management-Kontos zinsgünstig in Anspruch genommen werden. Die Zinsen hierfür betrugen insgesamt 3.795,42 €. Für die Anlage von Kassenmitteln konnten in 2013 lediglich noch 25.333,17 € eingenommen werden.

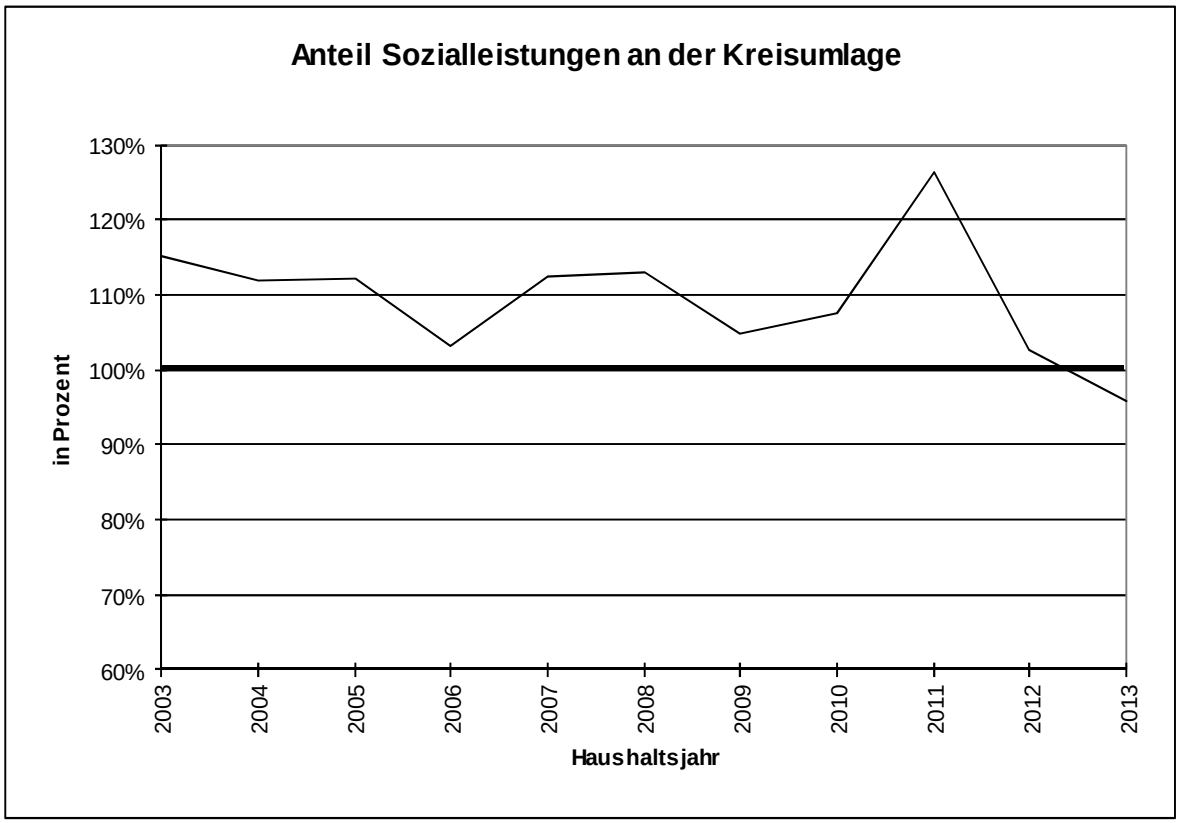

Entwicklung des Schuldenstandes
Euro pro Einwohner
220
200
180
160
140
120
100
80
60
40
20
0
68
94
106
102
98
87
83
81
78
90
124
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
Zollernalbkreis
Landesdurchschnitt

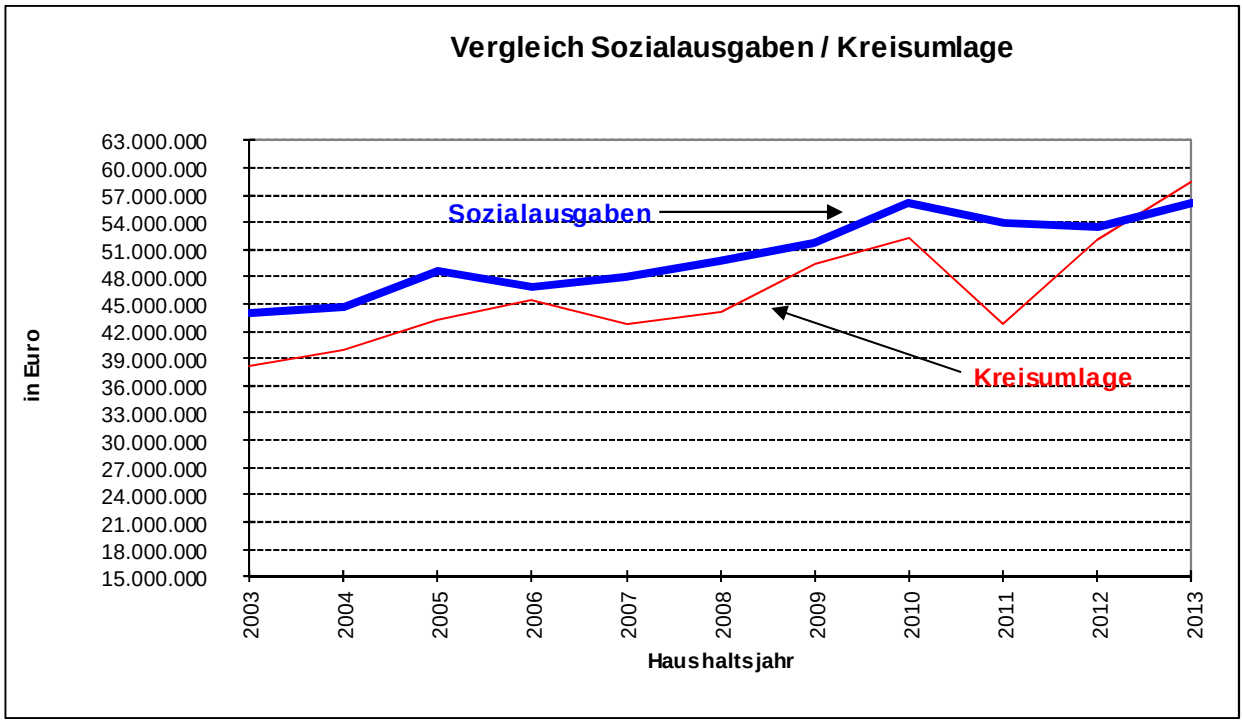
V. ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN UND AUSGABEN ÜBER MEHRERE JAHRE

	2007 Euro	2008 Euro	2009 Euro	2010 Euro	2011 Euro	2012 Euro	2013 Euro
1. Haushalt							
Gesamthaushalt	163.416.024	167.304.218	169.951.325	186.450.841	171.240.687	175.542.868	196.209.919
davon Verwaltungshaushalt	146.256.613	152.391.688	157.441.088	165.416.560	158.528.993	166.406.388	178.895.996
Vermögenshaushalt	17.159.411	14.912.530	12.510.238	21.034.281	12.711.694	9.136.480	17.313.923
2. Einzelne Einnahmen							
Kreisumlage	42.709.197	44.024.672	49.318.273	52.168.994	42.759.535	52.120.109	58.467.326
Grunderwerbsteuer	4.256.175	4.558.832	4.144.350	4.634.119	5.414.515	4.985.830	4.857.182
Gebühren der unt. Verwaltungsbehörde	5.684.962	5.625.738	5.376.125	5.225.959	5.273.358	5.388.998	5.443.329
FAG-Zuweisungen							
- Schlüsselzuweisungen	18.218.521	21.100.837	19.994.471	21.636.740	23.195.205	21.833.811	21.680.107
- für staatliche untere Verwaltung	2.058.812	2.058.494	2.044.820	2.030.262	2.022.444	2.011.449	2.006.211
- Sonderbehördeneingliederung	1.377.963	1.560.400	1.777.509	1.890.279	1.660.000	1.735.256	1.852.950
- Verwaltungsreformgesetz	6.935.670	6.782.367	6.492.560	6.692.070	6.556.345	6.703.792	6.832.206
3. Einzelne Ausgaben							
Personalausgaben	25.815.248	26.691.314	28.026.934	28.223.383	28.760.184	29.278.231	29.996.550
sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufw.	52.321.210	55.166.749	59.485.618	61.152.134	56.507.524	56.688.222	60.931.888
Zuschuss Sozialhaushalt	55.595.243	58.242.579	61.147.512	64.627.488	63.831.682	62.452.200	65.275.860
LWV-Umlage	-	-	-	-	-	-	-
Zinsen für äußere Kredite	342.538	325.302	296.401	278.192	260.528	243.476	260.936
FAG-Umlage	3.652.596	4.053.686	5.014.982	5.580.640	5.337.787	5.914.311	6.244.705
KVJS-Umlage	759.176	634.549	585.728	624.876	529.691	649.759	712.956
4. Zuführung zum Vermögenshaushalt	10.419.888	10.177.117	8.381.001	8.740.605	2.114.679	5.959.369	6.287.637
5. Überschuss	5.205.351	4.609.700	3.220.548	-	-	-	-

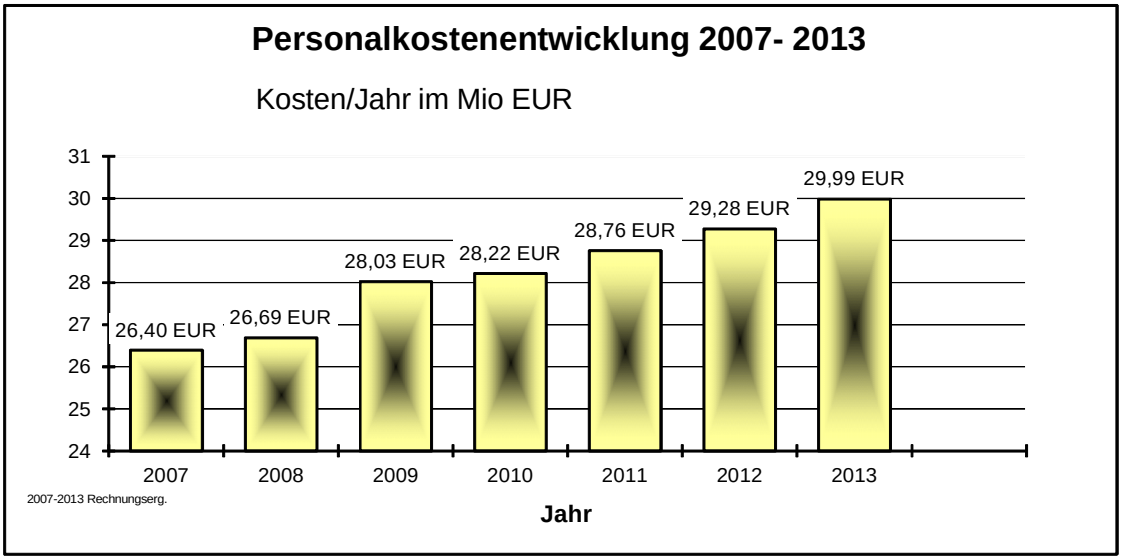

Entwicklung des Haushaltsvolumens
in Mio EURO
0
20
40
60
80
100
120
140
160
180
200
98,202
96,164
102,471
115,216
114,959
121,122
124,009
148,703
164,142
163,416
167,305
169,951
186,451
171,241
175,542
196,210
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
insgesamt
Verwaltungshaushalt
Vermögenshaushalt


Zuführung zum Vermögenshaushalt
in Mio EURO
0
2
4
6
8
10
12
2,301
4,313
3,715
11,670
10,420
10,177
8,381
8,741
2,115
5,959
6,288
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013


Anteil Sozialleistungen an der Kreisumlage
130%
120%
110%
100%
90%
80%
70%
60%
in Prozent
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
Haushaltsjahr


Vergleich Sozialausgaben / Kreisumlage
63.000.000
60.000.000
57.000.000
54.000.000
51.000.000
48.000.000
45.000.000
42.000.000
39.000.000
36.000.000
33.000.000
30.000.000
27.000.000
24.000.000
21.000.000
18.000.000
15.000.000
in Euro
Sozialausgaben
Kreisumlage
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
Haushaltsjahr


Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens
(Veranlagung nach neuem Recht)
6.000.000 €
5.000.000 €
4.000.000 €
3.000.000 €
2.000.000 €
1.000.000 €
- €
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013


Personalkostenentwicklung 2007- 2013
Kosten/Jahr im Mio EUR
31
30
29
28
27
26
25
24
26,40 EUR
26,69 EUR
28,03 EUR
28,22 EUR
28,76 EUR
29,28 EUR
29,99 EUR
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2007-2013 Rechnungserg.
Jahr

VI. H A U S H A L T S R E S T E

Entwicklung der Haushaltseinnahmereste 2013

Im Jahr 2013 wurden verbucht

Haushaltseinnahmereste Vorjahr	2.999.990,00 €
neue Haushaltseinnahmereste	2.446.386,23 €
weniger gegenüber Vorjahr	553.603,77 €

Aufgrund der Vorschriften der Gemeindehaushaltsverordnung sind Haushaltseinnahmereste nur bei Einnahmen des Vermögenshaushalts zulässig und nur dann, wenn der Geldeingang im Folgejahr gesichert ist.

Entwicklung der Haushaltsausgabereste

Haushaltsausgabereste Vorjahr	8.436.654,67 €
neue Haushaltsausgabereste	8.683.117,08 €
mehr gegenüber Vorjahr	246.462,41 €

Die Bildung der Haushaltsreste war erforderlich, da die Ausgabeansätze im abzuschließenden Jahr nicht verbraucht wurden, die Maßnahmen jedoch im darauf folgenden Jahr fortgesetzt werden. Durch die Bildung der Haushaltsreste bleiben die Haushaltsansätze gemäß § 19 und § 41 GemHVO über den Jahresabschluss hinaus verfügbar.

Im Einzelnen wurden folgende Haushaltsreste gebildet:

1. Haushaltseinnahmereste

im Vermögenshaushalt

- Bau Katzenstation	- Zuweisungen und Zuschüsse vom Land	51.000,00 €
- Feuerwehrwesen, Leitstelle	- Zuweis. und Zuschüsse vom Land	225.000,00 €
- Schulen	- Zuschuss Rossentalschule	66.500,00 €
- Kreisstraßen	- Zuw. und Zusch. vom Land	255.000,00 €
- Kreditaufnahmen		1.848.886,23 €
Summe		**2.446.386,23 €**

2. Haushaltsausgabereste

im Verwaltungshaushalt

- Verwaltungsgebäude	- Gebäudeunterhaltung (Schließanlage/Brandschutz LRA u. w.)	612.100,00 €
- Schulen	- Schulwegweiser, Bildungskonferenz	3.200,00 €
- Gesundheit	- Kosten für Pockenschutz	4.150,00 €
- Naturschutz	- versch. Broschüren	1.600,00 €
- ÖPNV	-ÖPNV-Förderung	10.000,00 €
-Fremdenverkehr	-Beschilderung Radwege	39.880,00 €
- Wasser- und Bodenschutz	- Untersuchungskosten	10.000,00 €
- Abfallwirtschaft	- Erneuerung Gasverdichterstation	320.246,85 €
- Wirtschaftsförderung	- DSL – Ausbau	10.000,00 €
Summe		**1.011.176,85 Euro**

im Vermögenshaushalt

- Finanzwesen	- Einführung Inventarisierung/Möbel	6.927,58 €
- Verwaltungsgebäude	- barrierefreier Zugang Zula Albstadt, Müllplatzumhausung LRA, Netzwerkausbau	41.184,29 €
-Nachnutzung KH Hechingen	-Umbaukosten	1.426.551,49 €
- EDV	- IT Beschaffungen	21.000,00 €
- Verwaltungsschule	- Zuschuss f. Ausbildung mittlerer Dienst	2.936,37 €
- Sicherheit und Ordnung	- Zuschuss Katzenstation	53.000,00 €
- Nahverkehr	- EDV-Verfahren Schülermonatskarte	10.000,00 €
- Feuerwehrwesen	- Umstellung Geräte auf Digitalfunk	30.000,00 €
	- Kreisweite Fahrzeugkonzeption	314.551,64 €
	- Umstellung Leitstelle auf Digitalfunk	242.000,00 €
	- Einsatzleitstellenrechner, Standortertücht.	18.833,83 €
- Schulen	- Erwerb von bewegl. Sachen	276.500,00 €
	- Erwerb von Rasenmäher u. ä.	6.500,00 €
	- Parkplatzerweiterung kfm. Schule HCH	46.999,66 €
	- Außenjalousien kfm. Schule Albstadt	15.000,00 €
- Naturschutz	- Seminargebäude Naturschutzzentrum	15.000,00 €
- Jugendamt	- Lizenzen WebFM und Prosoz	3.200,00 €

- Krankenhäuser	- Investitionszuweisung Neubau Balingen	4.010.229,49 €
- Vermessung	- Feldrechner	20.000,00 €
- Kreisstraßen	- Sanierung und Ausbau	654.145,70 €
	- Kanalisationsbeiträge	120.000,00 €
	- Beschaffungen Maschinen/Geräte	21.150,62 €
	- Grunderwerb/Vermessung/Planung	110.379,16 €
- Abfallwirtschaft	- Zuschuss Kläranlage Hechingen	152.000,00 €
	- Prozessdatenbankerfassung	22.643,31 €
	- Umschlagsflächen Deponie	11.207,09 €
- Elektrizitätsversorgung	- Elektro-/Solartankstelle	20.000,00 €
Summe		**7.671.940,23 Euro**

VII. HAUSHALTSÜBERSCHREITUNGEN

Im Haushaltsjahr 2013 wurden folgende über- und außerplanmäßigen Ausgaben geleistet, welche durch die entsprechenden Gremien genehmigt wurden:

Haushaltsstelle	Bezeichnung der Haushaltsstelle	Betrag EUR	Genehmigung durch
1.0601.5008.000	Kühltheke Cafeteria	22.500,00	VF 04.02.2013
1.0613.54*	Bewirtschaftung Nachnutzung KH Hechingen	65.595,80	VF 07.07.2014
Unterabschnitt 45	Jugendhilfe	226.033,26	KT 21.07.2014
Unterabschnitt 4820	Grundsicherung für Arbeitssuchende	465.247,31	KT 21.07.2014
1.5100.7150.000	Verlustabdeckung Klinik	4.000.000,00	KT 21.10.2013
DR Gemeinschaftsaufwand	Gemeinschaftsaufwand	409.463,20	KT 21.07.2014
1.6500.6795.000	Kreisanteil Gemeinschaftsaufwand	81.079,66	VF 07.07.2014
1.7200.5430.000	Nachzahlung AFF - Anlage	29.076,97	VF 07.07.2014
1.7910.7120.000	Konversion Meßstetten	20.000,00	VF 04.02.2013
1.7912.6100.001	LEADER Zollernalb	28.422,00	VF 07.07.2014
2.2401.9400.000.0110	Generalsanierung Jakob-Beutter-Straße	85.497,32	VF 07.07.2014
SN Bewirtschaftung	Sammelnachweis Bewirtschaftung	32.032,27	VF 07.07.2014